



**CDU** WICKEDE (RUHR)

## Haushaltsrede 2017

**Thomas Fabri**  
**Vorsitzender der Fraktion**

Zum Ostefeld 3  
58739 Wickede (Ruhr)

Telefon: 0 23 77 - 91 92 0  
E-Mail: [post@thomas-fabri.de](mailto:post@thomas-fabri.de)

Wickede (Ruhr), 8. Dezember 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

beigefügt überreiche ich Ihnen die Haushaltsrede der Wickeder CDU-Fraktion als Schriftstück zum mündlichen Vortrag im Rahmen der Ratssitzung am Donnerstag, dem 8. Dezember 2016.

Die Veröffentlichung der Haushaltsrede darf nicht vor Ende der vorgetragenen Rede in der Ratssitzung erfolgen; zudem gilt das gesprochene Wort.

Mit freundlichen Grüßen

*Thomas Fabri*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
verehrte Bürgerinnen und Bürger,

unser Wickede (Ruhr) ist in Punkto Lebensqualität und Naherholung, Bildungs- und Arbeitsumfeld, Nahversorgung und Infrastruktur gut aufgestellt. Nicht zuletzt die vielfältigen Kultur-, Sport- und Vereinsaktivitäten machen unsere Region zu einem **attraktiven Wohnort im ländlichen Raum** – hier versinkt man nicht in der Anonymität einer Großstadt, hier wird Heimat zusammen gelebt und erlebt. Insbesondere das ehrenamtliche Engagement ist ein Pfund, das unsere kleine Gemeinde stark macht. Für dieses Wickede (Ruhr) mit all seinen Ortsteilen und für seine Bürgerinnen und Bürger arbeitet die CDU sehr gerne und bringt sich immer wieder mit guten Anträgen und Entscheidungen in eine zukunftsfähige Gestaltung unseres Ortes ein. Viele Aspekte hierzu habe ich bereits in meinen letzten beiden Haushaltsreden erörtert.

Dass es sich lohnt, **für gewisse Dinge zu kämpfen** und hartnäckig an bestimmten Themen dran zu bleiben, um für die Bürger die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen, gibt uns CDU-Kommunalpolitikern immer wieder neuen Anschub.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die **örtliche Seniorenpolitik**. Wenn es damals nach der SPD gegangen wäre, wären die Mittel für die Seniorenförderung in Wickede eingeschränkt worden. Nur der Beharrlichkeit der CDU ist es zu verdanken, dass es anders gekommen ist. Wir haben in einem Antrag die Grundlagen für eine konzeptionelle Seniorenförderung geschaffen und Mittel im Haushalt hierfür veranschlagt. Es freut uns, dass sich mit dem Seniorenforum nun eine Gruppierung etabliert hat, die mit ihren Aktionen vielen älteren Mitmenschen Hilfe im Alltag bietet aber auch, z. B. mit der Taschengeldbörse, Generationen zusammenbringt. Auch die Umsetzung des Marktbusses als Vorschlag aus unserem CDU-Wahlprogramm sehen wir als guten Baustein für ein gelebtes Miteinander. Ich bin mir sicher, dass das Seniorenforum weitere Impulse setzen wird und danke allen, die sich dort engagieren.

Die **Videoüberwachung der neuen Bahnunterführung** ist ein weiteres Beispiel. Zunächst kategorisch von der Deutschen Bahn abgelehnt, hat die CDU durch einen Austausch mit verantwortlichen Entscheidungsträgern und dank der hieraus resultierenden Presseberichterstattung ein Einlenken und die Installation einer Überwachung erreichen können. Jetzt warten wir allerdings noch darauf, dass die abschließenden Arbeiten vollzogen werden und alles ans Laufen gebracht wird.

Und so müssen wir stets daran arbeiten, **für unsere Bürger das Beste im Blick zu behalten**. Wenn zum Beispiel der zweite Abschnitt der Renaturierung der Ruhr erfolgt, muss gewährleistet bleiben, dass der Kanu-Club auch weiterhin seinen Sport dort ausüben kann und darf. Wenn Menschen hier vor Ort bauen möchten, insbesondere die künftigen Generationen in den Ortsteilen, müssen wir unser Möglichstes unternehmen, die bürokratischen Hürden zu überwinden. Wenn wir die kommunale Nahversorgung erhalten wollen, müssen wir auch kleine Dinge, wie kostenlose Parkplätze im Ortskern als wirtschaftsfördernden Standortfaktor zulassen. Wenn wir unsere gemeindlichen Gebäude zur Verfügung stellen, müssen wir auch faire Konditionen zur Nutzung ermöglichen.

Mit diesem **Anspruch, für die Menschen da zu sein**, werden wir uns auch weiterhin für die Belange der Wickeder Bürger einsetzen. Für dieses ehrenamtliche Engagement danke ich meinem Team und den Mitarbeitern der Verwaltung für die stets freundliche und kompetente Unterstützung bei unseren Aufgaben, aber auch den anderen Parteien im Rat für das faire Miteinander. Auch wenn wir in der Sache nicht immer der gleichen Meinung sind, leben wir ein kollegiales Verhältnis, um das uns andere Orte beneiden.

Aber auch im nicht-politischen Bereich ist das **Ehrenamt ein Stützpfeiler** für das lebendige Wickede wie wir es kennen. Die vielen fleißigen Helfer in den Vereinen sowie die Männer und Frauen in der Feuerwehr, verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. So wollen wir auch weiterhin die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit schaffen und sie entsprechend ausstatten. Ein Musterbeispiel für den **Zusammenhalt in unserem Ort** ist jedes Jahr der Weihnachtsmarkt: Getragen durch die Wickeder Vereinswelt, maßgeblich begleitet durch die Verwaltung und den Bauhof, unterstützt durch Sponsoring von Wickeder Unternehmen und belohnt durch überwältigende Besucherströme der Bevölkerung. Dieses gesellschaftliche Miteinander müssen wir uns bewahren und alle kommunalpolitischen Weichen auf Unterstützung stellen.

Aber – und jetzt beginnt leider auch der herausfordernde Teil meiner Haushaltsrede – dieses wird uns nicht gerade leicht gemacht.

Wir besprechen und beschließen hier heute die **Haushaltsplanung für 2017** und die kommenden Jahre. Der Bürgermeister hat mit seinem Team einen guten Entwurf vorgelegt, dem sich die CDU-Fraktion anschließt und gleich zustimmen wird. Wir sind uns bewusst, dass dieser Haushalt einen Fehlbetrag aufweist und die Verpflichtung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Ausgleich nicht einhalten kann. Aber für uns ist auch klar, dass die Probleme nicht hausgemacht

sind.

Wie der Bürgermeister in seiner Haushaltseinbringung betonte, leisten wir uns hier in Wickede **keinen Luxus und verschwenden auch nicht das Geld unserer Bürger**. Wir investieren so gut es geht in das Notwendigste für eine gute Lebensqualität hier vor Ort. Lassen Sie mich auch kurz erläutern, warum dies für uns einen so hohen Stellenwert hat.

Wir sind als kleine Gemeinde auf den **Zuzug und Erhalt der Bevölkerungszahlen** angewiesen, damit Schulen und Kindergärten, Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen, Vereine und Einkaufswelt auch gehalten werden können. Zudem finanziert sich die Kommune beispielsweise durch anteilige Zuweisungen der Einkommenssteuer oder Schlüsselzuweisungen für jeden Einwohner. Aber auch Fachkräfte, die in der Region ein Zuhause finden, sind wichtig für viele Unternehmen unseres ländlichen Raums. Insbesondere die Gewerbesteuer ist ein Stützpfeiler der kommunalen Finanzierung. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, welchen Rattenschwanz es nach sich zieht, wenn eine so genannte Landflucht auch bei uns einsetzen würde. Verödete Regionen und Geisterstädte sind in anderen Teilen Deutschlands leider schon Realität. **Wir dürfen uns nicht kaputt sparen (lassen!).** Von daher sind der Erhalt und die Investitionen in Standortfaktoren, wie zum Beispiel in unsere Schulen, unser Freibad oder unsere Vereinsförderung, aber auch in eine gute Außendarstellung so unerlässlich. Vergessen wir nicht: wir stehen im Wettbewerb mit anderen Kommunen.

Wir möchten unsere Gemeinde in allen Bereichen gut ausstatten und sie zukunftsfähig gestalten. Aber wir können finanzielle Mittel nur einsetzen und verteilen, wenn wir sie auch haben. Alles über **Kredite zu finanzieren und immer mehr Schulden zu machen kann kein Allheilmittel sein**. Die Kosten würden sich lediglich verschieben und auf die nächsten Generationen verlagern. Und so war es richtig, sich im letzten Jahr durch eine moderate Steuerhöhung in mehreren Schritten an die gestiegenen Ausgaben anzupassen und so die kommunale **Einnahmenseite zu verbessern**.

Zudem haben wir die **Ausgabenseite gemindert**. Wir haben in den letzten Jahren sicher auch einschneidende Anstrengungen unternommen. So mussten wir durch eine Erhöhung der Gebühren für gemeindliche Gebäude, insbesondere für das Bürgerhaus, mehr Kosten auf die Nutzer umlegen. Wir haben Investitionen verschoben und somit vorerst keine Ausgaben verursacht. Aber auch hier ist Augenmaß gefragt: Wenn wir zu viel verlagern, wird uns irgendwann die Problematik eines Investitionsstaus mit voller Wucht treffen.

Die Kommunalaufsicht könnte uns nun ins Stammbuch schreiben, weiter zu sparen und die Steuererhöhungen auszureizen. **Aber wo sollen wir denn noch sparen**, ohne die Lebensqualität für unsere Bürger opfern zu müssen? Wo sollen wir noch sparen, ohne die Zukunft einer aktiven Gemeinde zu riskieren? Wie tief sollen wir noch in die Taschen der Bürger greifen? Die CDU-Fraktion ist der Ansicht: Wir haben gespart, wir haben die Einnahmen erhöht. Jetzt reicht es. **Wir wollen keine zusätzliche Erhöhung der kommunalen Steuern! Jetzt sind andere politische Ebenen an der Reihe, auch ihren Beitrag zu leisten.**

Ich bin mir sicher, dass unsere Kreistagsabgeordneten mit der Landrätin als Teil unserer kommunalen Familie den **Kreishaushalt** gewissenhaft unter die Lupe nehmen. Dennoch muss es erlaubt sein, ihnen auch Einschätzungen und Forderungen der Städte und Gemeinden mit auf den Weg zu geben. So halten wir einen Bücherbus, der mit rund EUR 200.000 Unterhaltungs- und Personalkosten zu Buche schlägt, nicht mehr für notwendig. In Zeiten digitaler Medien, der Möglichkeit der Online-Ausleihe und auch durch die gestiegene Mobilität der Bevölkerung, kann das Geld besser verwendet werden, als für die ständig anfallenden Reparaturen. Mit unserer gut ausgestatteten Bücherei hier vor Ort und nicht zuletzt durch den kürzlich ins Leben gerufenen Marktbus, ermöglichen wir in Wickede jedem Bürger eine gute Leseversorgung.

Wir wissen um den finanziellen Druck, den auch der Kreis verspürt. Was für uns die Kreisumlage ist, ist für diesen die Landschaftsumlage. Man darf jedoch nicht länger die Last bis nach unten durchreichen. Am Ende leiden die Kommunen und die Bürger. Wir fordern **den Kreistag und den Landschaftsverband auf, deutlicher Stellung zu beziehen** und sich nicht mit immer mehr Aufgaben von oben überschütten zu lassen, die sie selbst nicht finanzieren können. Das Land NRW muss zudem endlich aufhören, den ländlichen Raum zu vernachlässigen und die Ballungszentren im Ruhrgebiet systematisch zu bevorzugen. Wir benötigen höhere Zuweisungen an die Kommunen in unserer Region und eine bessere Unterstützung für die Aufgaben der Landschaftsverbände, was wiederum positive Auswirkungen auf die Kreisumlage hätte.

Sehr geehrte Damen und Herren, und genau das ist eine unserer zentralen Forderungen an Bund und Land: Die **Einhaltung des Konnexitätsprinzips** oder vereinfacht ausgedrückt: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“

Im Grundgesetz ist das Konnexitätsprinzip in Art. 104a wie folgt formuliert: "(1) Der Bund und die Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, ... (2) Handeln die Länder im Auftrage des Bundes, trägt der Bund die sich daraus

ergebenden Ausgaben. (...)"

Von Gemeinden wird hier nicht explizit gesprochen, da diese im Grundgesetz als Teil der Länder gelten. Und so macht es sich das Land leicht, indem es das Geld des Bundes zwar bekommt, aber wie so oft nicht an die Kommunen durchreicht. Es wird somit zu einem landesinternen Problem. Vor Ort müssen wir die Gesetze umsetzen, werden aber mit der Finanzierung oft im Stich gelassen.

Als aktuelles Beispiel nenne ich Ihnen die Neugestaltung des **Unterhaltsvorschusses**, dessen Umsetzung zum 1. Januar 2017 geplant ist. Die SPD-Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig verkündete die Ausweitung dieser sicherlich hilfreichen Fördermaßnahme für Alleinerziehende und einigte sich mit den Ländern auf die Übernahme von einem Drittel der Kosten. Zwei Drittel tragen die Länder. Die bayerische Landesregierung trägt diese Kosten zu 100%. Bei uns in NRW wälzt die rot-grüne Landesregierung jedoch 80% dieser Kosten auf die Kommunen ab. Wir hier vor Ort müssen nun irgendwie diese Ausgaben stemmen – ohne jegliche Gegenfinanzierung. Verehrte Zuhörer, wenn das Land NRW sich diese Kosten nicht leisten kann, dann darf Frau Kraft einem solchen Vertrag mit der Familienministerin auch nicht zustimmen und muss nach anderen Lösungen suchen.

Genauso verhält es sich mit der **Inklusionspolitik**. Auch diese ist von Rot-Grün in Windeseile durchgepeitscht worden, ohne überlegt die Folgen abgeschätzt und eine Finanzierung gesichert zu haben. Irgendwie damit klarkommen und bezahlen müssen es die Kommunen.

Eine weitere wichtige Forderung ist die **Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes**. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind strukturell unterfinanziert. Wie schon häufig beschrieben, können wir nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben kostendeckend ausführen. Auch die immer weiter steigenden Transferleistungen an höhere Ebenen werden die Kommunen auf Dauer nicht mehr stemmen können. Wie schon die BG auch in einem Zeitungsartikel erwähnt hat, bleibt unser Fehlbetrag selbst dann, wenn wir auf sämtliche freiwillige Ausgaben verzichten würden.

Auch die **Flickschusterei durch öffentlich wirksame Förderprogramme** ändert nichts an der maroden Kommunalfinanzierung durch SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen. „Gute Schule 2020“ hört sich toll an. Für Wickede war das Förderprogramm auch zweifelsohne ein Gewinn, aber nur, weil wir sowieso schon in den Schulbau investiert haben. In Gänze betrachtet werden die Kommunen zum Schuldenmachen gezwungen, denn nur wenn sie investieren, bekommen sie auch die Förderung. Man muss also Glück haben, dass der Fördertopf der gerade geöffnet wird,

auch zu dem passt, was man gerade benötigt. Wenn man Bildung wirklich fördern und Schulen nachhaltig durch eine gute Ausstattung festigen möchte, wäre eine **Erhöhung der Schulpauschale ein effektiveres Mittel** gewesen. Diesen zusätzlichen Verwaltungsaufwand hätte man sich sparen können, denn die Städte und Gemeinden vor Ort wissen am besten, wofür sie das Geld sinnvoll verwenden können.

Sehr geehrte Damen und Herren, Kommunalfinanzierung ist Ländersache. Und dass andere Bundesländer dies besser hinbekommen als NRW ist offensichtlich. Kein anderes Bundesland gibt zum Beispiel weniger Geld für Grundschulen aus. Die SPD und Frau Kraft haben es geschafft, im Vergleich aller Bundesländer, NRW auf den letzten Platz beim Wirtschaftswachstum abzuhängen. Wer das Land mit einer so schlechten Politik regiert und Investoren verschreckt und abwandern lässt, muss sich nicht wundern, dass dann auch die Einnahmen sinken. Es ist also die **logische Konsequenz und selbstverschuldet, dass die SPD-Regierung zu wenig Geld zum Verteilen** hat.

Sie werden mir gleich bestimmt vorwerfen, ich würde hier schon eine Wahlkampfrede zur anstehenden Landtagswahl halten und ich solle doch zum Wickeder Haushalt sprechen, aber da sage ich Ihnen: Ja es ist Wahlkampf und wir werden dafür kämpfen, dass wir eine CDU-geführte Landesregierung bekommen. Denn wie oben erwähnt, sind die Gemeinden Teil der Länder und **Kommunalfinanzierung ist Ländersache!** Seit langem fordern kommunale Spitzenverbände – und wie sie wissen auch so manche SPD-Bürgermeister – eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung. Und wenn die rot-grüne Landesregierung dies nicht anpackt, dann müssen es halt andere machen.

Konkret hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) NRW Frau Kraft und ihre Minister aufgefordert, die **Kommunen vermehrt an den Steuereinnahmen** zu beteiligen und die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden deutlich zu verbessern. Nur so könne vermieden werden, dass die Grundsteuern ständig anstiegen und Wohnen zum Luxusgut würde. Es wird vorgeschlagen, die Verbundquote von 23 auf 25 Prozent zu erhöhen. Diese Quote regelt, wie viel das Land aus seinen Steuereinnahmen für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellt. Würde sie erhöht, profitierten davon alle Kommunen gleichermaßen und das rot-grüne Bevorzugungsprinzip zu Lasten des ländlichen Raumes würde abgemildert.

Komplexe Rechenkonstrukte sind dafür verantwortlich, dass die **Schlüsselzuweisungen nicht ausreichen bzw. sich sogar neutralisieren**. Ein hohes Steueraufkommen in einem Jahr kann weniger oder gar keine Schlüsselzuweisungen im kommenden Jahr zur Folge haben. Gleichzeitig

würden die zu zahlenden Umlagen steigen. Anders formuliert: Wenn eine Kommune gut wirtschaftet, kann es sein, dass sie am Ende trotzdem nichts davon hat. Wir bekommen gerade dies in diesem Haushalt zu spüren, da wir für 2017 eben keine Schlüsselzuweisungen mehr erhalten. Was bitte ist daran fair? Ganz im Gegenteil, es demotiviert die vielen ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker und sorgt für Politikverdrossenheit in der Bevölkerung.

Der BdSt und wir als CDU-Fraktion sagen ganz klar, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ohne eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes aus dieser generellen, finanziellen Misere nicht mehr herauskommen. Auch dass zum vorgelegten Haushaltsentwurf von allen hier im Rat vertretenen Fraktionen keine signifikanten Sparvorschläge eingereicht wurden, unterstreicht dies nochmal deutlich. **Wir brauchen dringend eine Entlastung und wieder Spielräume zum politischen Gestalten hier vor Ort.** Die CDU wird sich dafür stark machen, endlich eine grundlegende Neustrukturierung der kommunalen Finanzierung auf Landesebene durchzusetzen.

Hier auf örtlicher Ebene werden wir als CDU-Fraktion weiterhin unsere ganze Kraft daran setzen, in den uns gesetzten Rahmenbedingungen für eine **positive Zukunft unserer Heimat** zu arbeiten, in der insbesondere der **gesellschaftliche Zusammenhalt** einen hohen Stellenwert hat und die Menschen gut wohnen und arbeiten können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Fabri

Vorsitzender der CDU Fraktion Wickede (Ruhr)